

Die Bürgerinitiative gegen weitere WKAs in Schwaförden spricht sich nicht prinzipiell gegen WKAs, WEAn oder die Windkraftnutzung aus!

Wir sprechen uns für die Festlegung von Mindestabstandsmaßen zur Wohnbebauung und den Schutz der Umwelt (Naturschutz und Artenschutz) aus. Die Abstandsmaße müssen durch wissenschaftlich fundierte Feldstudien eruiert werden, Prognosen durch reale Messungen ersetzt werden und auf Grundlage von aktuellen zeitnahen medizinischen Erkenntnissen Langzeitwirkung auf den Menschen beurteilt werden.

Solange man sich sperrt objektive Grundlagen zu erarbeiten, sollte aus vorbeugendem Gesundheitsschutz eine Abstandsregelung von 10.000 m zur Wohnbebauung verpflichtend werden und bereits betriebene Anlage unterhalb dieses Abstandes in der Nacht abgeschaltet werden, um dem Menschen Regenerationszeiten einzuräumen.

Die Experimente mit unklarem Ausgang dürfen nicht im direkten Lebensumfeld von ungefragten Bürgern, jedoch mit deren ungewollter Beteiligung, erfolgen.

Die WKAs - ob man sie für sinnvoll hält oder nicht - sollten in menschenleere Gegenden wie ehemalige Militärfelder (Übungsplätze) und Tagebau oder großflächige Brachlandschaften gestellt werden, wenn denn eine Binnenlandinstallation aus ökonomischen Überlegungen überhaupt Sinn macht. Über die Ökonomie der Windkraftanlagen kann die Universität Hamburg - Forschungsstelle Ökonomie der reg. Energien – fundiert und besser Auskunft geben. Nur so viel, wenn dort bereits die Effizienz der Offshore-Windparks, durch Modellrechnungen belegt, infrage steht und die Versorgungssicherheit durch immensen Reglungsbedarf zusätzlich leidet, was darf man dann für Anlagen auf dem Festland erwarten?

In der Bevölkerung schwindet die Akzeptanz für die Windindustrieanlagen und es wird ohne Not eine teilweise gute Idee entwertet, zum Nutzen weniger Profiteure und zu Lasten aller Energiezahler und Anwohners Gesundheit.

Die EU-Institutionen und die Behörden und Regierungsstellen in Deutschland schauen einfach weg, wenn es kritische Stimmen gibt. Windindustrieregionen werden oft ohne rechtsverbindliche Baugenehmigungen und unter Zuhilfenahme diverser Rechtsbeugungen (evt. gesteuerter selektiver Wahrnehmung) viel zu nahe zur Wohnbebauung irgendwie genehmigt, errichtet und betrieben und geschützte Tierarten oder Naturflächen scheinen ebenfalls ohne Belang zu sein. Die Güterabwägung stimmt nicht mehr. Gesetze motivieren zu falschen Entscheidungen.

Bedenkenträger werden als Spinner verunglimpft und als Lügner hingestellt, immer in der Hoffnung, dass der lange Atem und das nötige „Kleingeld“ für eine gerichtliche Auseinandersetzung seitens der Kritiker nicht aufgebracht werden kann. Fakten werden geschaffen und nie begründet. Verfahrensabläufe werden „versteckt“ und Endergebnisse notgedrungen gemeldet. Gefährdungen ignoriert und Zuständigkeiten verschleiert. Aufsicht aufgrund von Personalmangel eingestellt.

Eine solche Praxis (und Taktik) ist nicht nachvollziehbar, weil der volkswirtschaftliche und selbst ökologische Nutzen mehr als zweifelhaft ist. Es trägt zur Verdrossenheit gegenüber staatlichen und politischen Institutionen bei, vergiftet die Kommunikation innerhalb bestehender kommunaler Netzwerke und wird mittelfristig sozial negative Folgen haben.

Nochmals, die Kritiker sind keine Gegner der Windkraftnutzung sondern des unsinnigen Abschöpfungsprofits zu Lasten aller und auf Kosten unserer Gesundheit. Technisch gibt es absolut keinen Grund, die Anlagen dort zu bauen und zu betreiben wo Menschen beeinträchtigt werden. Technisch gibt es aber sehr viele Gründe diese Art der Energieumwandlung nur moderat, dort wo sinnvoll integrierbar und nachdem das Speicherproblem angemessen gelöst ist, überhaupt einzusetzen.